

AUSGABE MÄRZ 2007

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

**ver.di
fordert
mehr
Geld**

Seite 5

**Mehr Personal
für EOSS!**



Jetzt muss Kohle her!

ver.di fordert Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst



Im öffentlichen Dienst des Landes Berlin stehen die Gehaltssignale seit Jahren auf Rot. Der Berliner Senat hat sich aus den Arbeitgeberverbänden verabschiedet und meint, sein eigenes tarifpolitisches Süppchen kochen zu können. Und für die Beamtinnen und Beamten hat er außer Hohn und Spott nur die Kürzung des Weihnachtsgeldes auf einen ärmlichen Sockelbetrag und die volle Streichung des Urlaubsgeldes übrig.

Auf diese Weise haben Wowereit, Körtig und Sarrazin nicht nur deutlich gemacht, was sie von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin halten, sondern sie versuchen so auch noch, die Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Das darf ihnen nicht gelingen.

Auch Bundesinnenminister Schäuble steht seinen Berliner Amtsbrüdern in nichts nach, wenn er öffentlich zum Besten gibt, dass, wer reich werden wolle, nicht in den öffentlichen Dienst eintreten dürfe. Das kann man nur noch als Provokation empfinden. Statt sich mit den berechtigten Forderungen der Beamtinnen und Beamten ernsthaft auseinanderzusetzen, kämpft der Bundesinnenminister lieber darum, Verkehrsflugzeuge abschießen zu dürfen.

Fürsorgepflicht scheint mehr und mehr ein Fremdwort für unsere „Dienstherren“ zu sein. Von einer ehrlichen Bereitschaft, mit ver.di in ergebnisoffene, faire Tarifverhandlungen einzutreten, die etwas anderes als weitere Verschlechterungen, Nullrunden und Arbeitszeitverlängerungen zum Ziel haben, ist kaum etwas zu spüren. Und auch hinsichtlich der Beamtinnen und Beamten wird den Forderungen von ver.di nach einer spürbaren Besoldungsverbesserung bisher nur mit einem Kopfschütteln begegnet.

Dabei treffen Preissteigerungen, Mehrwertsteuererhöhung und steigende Gesundheitskosten durch Erhöhung der Kassenbeiträge und Einführung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe alle Beschäftigten gleichermaßen.

Was ver.di will

Der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst in den anderen Bundesländern hat ein klares Zeichen gegen die Absichten der öffentlichen Arbeitgeber gesetzt, die Arbeitszeit zu verlängern und Gehaltseinbußen durchzusetzen. Tausende von Beschäftigten haben die Arbeit niedergelegt und so einen Flächentarifvertrag für fast alle Bundesländer im härtesten Arbeitskampf seit Jahren erkämpft, der auch Einkommensverbesserungen vorsieht.

Der Berliner Senat muss jetzt an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Er muss in die Arbeitgeberverbände zurückkehren und in Tarifverhandlungen mit ver.di eintreten, die letztlich die Übertragung des Tarifergebnisses der übrigen Bundesländer auch für Berlin zum Ziel haben. Wir wollen einen Flächentarifvertrag, der sicherstellt, dass die Berliner Beschäftigten nicht von der Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik abgekoppelt bleiben. Und wir wollen, dass Tarifergebnisse ohne jeden Abstrich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Jahr für Jahr ersparen die Beschäftigten mit ihrem Gehaltsverzicht dem Berliner Senat 500 Mio. Euro. Viele der Beschäftigten können sich das kaum noch leisten. Angesichts der angesprungenen Konjunktur und der steigenden Steuereinnahmen müssen jetzt endlich auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vom Wirtschaftsaufschwung profitieren. Für ihre gute Arbeit, die sie seit Jahren trotz des Abbaus zehntausender Stellen, Privatisierungen in erheblichem Umfang und einer kontinuierlichen Steigerung der Arbeitsbelastung leisten, haben sie sich das auch verdient.

Die neue Besoldungshoheit gibt Berlin die Möglichkeit, Einmalzahlungen und Besoldungserhöhungen zu beschließen. Der Berliner Anwendungstarifvertrag lässt ausdrücklich die Übernahme bundesweiter Tarifabschlüsse zu. ver.di wird alles tun, um mit dem Berliner Senat bessere Einkommen auszuhandeln. Geschenke wird es keine geben. Nur mit einer starken Organisation mit vielen Mitgliedern und mit Streikbereitschaft kann Druck erzeugt und können Erfolge erzielt werden. Wer also „Mehr Kohle!“ will, darf nicht abseits stehen.

Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.

Dank für Einsatz Schlaglicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Dezember 2006 haben Hannelore Jacobsen und Ingo Schenk ihre Personalratsmandate niedergelegt. Lange Jahre waren sie für die ÖTV und ver.di in ihren örtlichen Personalräten und im Gesamtpersonalrat aktiv, und sie haben auf ihre Weise die Gesichter „ihrer“ Personalräte geprägt. Hannelore Jacobsen ist aus gesundheitlichen Gründen aus dem GPR zurückgetreten. Sie war über dreißig Jahre in verschiedenen Personalratsgremien tätig. Im Finanzamt für Körperschaften und später in Kö I war sie Personalratsvorsitzende. Dem GPR gehörte sie 1992 bis 2006 in verschiedenen Funktionen an. Sie hat sich intensiv für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und vielen im Einzelfall helfen können. Ihre sachliche und kompetente Arbeit war äußerst erfolgreich. Für ver.di bleibt sie auch weiterhin in wichtigen Gremien aktiv. Ich wünsche ihr dabei viel Erfolg und besonders gesundheitlich alles Gute. Ingo Schenk war über zwanzig Jahre Personalratsvorsitzender im Finanzamt Charlottenburg-Ost, später im Finanzamt Charlottenburg. Seit 1992 war er Mitglied des Gesamtpersonalrats. Mit seiner launigen Art hat er die Dinge oft auf

den Punkt gebracht und war mit Wort und Tat immer ganz nah bei denen, die er vertreten hat. Jetzt hat er sich beruflich verändert und ist als Geschäftsstellenleiter an das Finanzamt Schöneberg gewechselt. Für seine neue Aufgabe wünsche ich ihm viel Erfolg und dass er im Geschäftsstellenalltag seinen Humor nicht verlieren möge. An dieser Stelle möchte ich Hannelore Jacobsen und Ingo Schenk meinen Dank für ihren beispielhaften Einsatz aussprechen. Es ist nicht selbstverständlich, sich für andere einzusetzen, Konflikte mit Amtsleitungen auf sich zu nehmen und dafür auch noch auf reichlich Freizeit zu verzichten. Ein solcher Einsatz gehört zur praktizierten Demokratie am Arbeitsplatz. Ohne einen solchen Einsatz fehlt der Interessenausgleich und der Arbeitgeber oder Dienstherr kann schalten und walten, wie es ihm beliebt. Im Finanzamt Charlottenburg stehen nun Neuwahlen für den Personalrat an. Hier sind auch weiterhin engagierte ver.di-Kolleginnen und -Kollegen bereit, die Aufgaben wahrzunehmen. Ihnen wünsche ich für die Wahlen und für die künftigen Herausforderungen viel Erfolg.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, z. Hd. Michael Peters, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

- Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
 Schüler/in – Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe
lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.



KOMM ZU UNS - wir erzähl'n Dir was (... und keine Märchen!)



Francisca Bier, André Knoblauch, Nadine Lichhorn (v.l.n.r.)

Personalpolitik als Achterbahnfahrt

Die Direktive des Senators für Finanzen, mit der Stellenzahl 10 % unter dem Ergebnis der Personalbedarfsberechnung zu bleiben, zeigt Wirkung. Die Senatsverwaltung für Finanzen will in 2007 nur noch 15 Finanzanwärter/innen einstellen. Gestern 185, heute 15, eine solche Personalpolitik ist unseriös, unzuverlässig und ohne jede Perspektive. Was die Berliner Steuerverwaltung braucht, sind gleichmäßige und rechtzeitige Einstellungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen, und keine Entscheidungen, die an den Realitäten vorbeigehen. Wegen der Abgänge in diesem und in den nächsten Jahren und angesichts der Belastungen, die EOSS mit sich bringen wird, fordert ver.di Einstellungen und Übernahmen in den bisher vorgesehenen Größenordnungen. Außerdem erwartet ver.di, dass der öffentliche Dienst und damit auch die Steuerverwaltung bei den Ausbildungsplätzen mit gutem Beispiel vorangeht, damit Forderungen an die Privatwirtschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen nicht lächerlich werden.

Wir als ver.di-Jugend haben im Oktober letzten Jahres für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen zum ersten Mal ein Seminar zum Thema „Einstieg in das Berufsleben einer Beamtin/eines Beamten“ durchgeführt. Dieser Auftakt ist so gut bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angekommen, dass wir uns entschlossen haben, ein solches Seminar noch einmal anzubieten.

Es findet am Mittwoch, dem 25. April 2007, im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30 in Berlin-Mitte von 9 bis 17 Uhr statt. Wir können uns noch gut daran erinnern, wie schwer es war, den Einstieg in den Formular- und Vorschriftendschubel einer Beamtin/eines Beamten zu finden. Um Dir diesen Einstieg so leicht wie möglich zu machen und um Dich vor eventuellen Fehlern zu bewahren, bieten wir Dir daher geballtes Wissen. Themen wie Beihilfe, Gleitzeit, Landesbeamtengesetz, Steuerbeamteneinrichtungs- und -prüfungsordnung, Nebentätigkeit, Landesdisziplingesetz etc. wurden von uns aufbereitet und in einen überschaubaren und verständlichen Rahmen gebracht.

Wir erwarten als Gäste

- Uwe Januszewski (Vorsitzender des Hauptpersonalrats und des Bundesausschusses für Beamtinnen und Beamte bei ver.di)
- Klaus-Dieter Gössel (stellv. Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und Vorsitzender der Fachkommission Steuerverwaltung bei ver.di)
- Heide Sabeck (Gesamtfrauenvertreterin)
- Nadine Lichhorn (Vorsitzende der GJAV)
- und Francisca Bier (Vorsitzende der HJAV),

die diese trockenen und umfassenden Themen durch Praxisbeispiele einfach erklären und mit Leben füllen.

Dieses Seminar ist für Dich

- kostenlos
- unverbindlich
- nach Anmeldung und Einladung durch Bildungsurlaub erreichbar
- DIE Chance uns kennen zu lernen.

Wenn wir Dich neugierig gemacht haben und Du Lust hast, einen Tag mit uns zu verbringen, der Dir Dein berufliches Dasein in der Zukunft erleichtern kann, dann melde Dich bei uns: per E-Mail an jugend@vau-online.de oder telefonisch unter 9027-2091 (Francisca Bier)

Qualifizierung gibt's nicht zum Nulltarif

ver.di fordert zusätzliches Personal für EOSS-Schulungen

Fortbildung hat für ver.di einen hohen Stellenwert. Deshalb begrüßen wir die Absicht der Senatsverwaltung für Finanzen, für alle Beschäftigten in den Berliner Finanzämtern Schulungen zum Umstieg auf die EOSS-Automationsverfahren durchzuführen. Die Schulungen sollen in zwei Phasen erfolgen. In der Zeit vom 3. September bis zum 21. Dezember 2007 werden für alle Beschäftigten in den Finanzämtern eintägige Basis-schulungen durchgeführt. Nach dem Umstellungszeitpunkt 1. Januar 2008 sind dann in der Zeit von Januar bis August 2008 viertägige Anwender-Workshops vorgesehen, um die durch die Basisschulung bereits vorhandenen und durch die praktischen Erfahrungen gewonnenen Kenntnisse zu vertiefen.

Die Schulungen sollen durch rund 220 Multiplikatoren durchgeführt werden, die aus den Finanzämtern kommen, 10 Kolleginnen und Kollegen aus jedem Amt. Zunächst erfolgt die Ausbildung von 1–2 so genannten Stammmultiplikatoren pro Finanzamt, die die Schulung der 8 anderen Multiplikatoren vorbereiten und durchführen sollen. Es ist vorgesehen, die Schulungen in insgesamt 14 Schulungsräumen der ZIT, der SenFin, der Finanzschule sowie in sechs Finanzämtern stattfinden zu lassen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann wohl niemand genau einschätzen, wie groß der tatsächliche Schulungsbedarf sein wird. Aus ver.di-Sicht ist das vorgelegte Schulungskonzept ein Schritt in die richtige Richtung. Sollte sich zeigen, dass ein größerer Schulungsbedarf besteht, muss rechtzeitig entsprechend gehandelt werden.

ver.di ist allerdings der Meinung, dass es sich die Senatsverwaltung für Finanzen zu einfach macht, wenn sie es den Vorsteherinnen und Vorstehern überlässt, die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren „in erforderlichem Umfang von ihren sonstigen dienstlichen Aufgaben freizustellen“ und die konkrete Entlastung innerhalb des Finanzamtes „in eigener Zuständigkeit“ zu bestimmen (SenFin-Schreiben vom 19. Januar 2007).

Aufgabe der Senatsverwaltung für Finanzen ist es, den Finanzämtern angesichts der ohnehin schon zu kurzen Personaldecke entweder zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen oder zu akzeptieren, dass die ins Auge gefassten Ziele hinsichtlich der Arbeitsergebnisse für 2007 und 2008 nicht zu erreichen sind und deshalb Abstriche gegenüber dem Kalenderjahr 2006 bei den Zielvereinbarungen vorgenommen werden müssen.



Klaus Wilzer

GPR-Vorsitzender

Dazu Klaus Wilzer, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats:

vau: Auch der GPR fordert zusätzliches Personal für die EOSS-Schulungen und den Einsatz der Multis. Hältst du diese Forderung überhaupt für realisierbar?

Klaus Wilzer: Die Senatsverwaltung für Finanzen hat angekündigt, den Einstellungskorridor für 2007 und 2008 von 130 bzw. 200 auf jeweils 80–100 zu kürzen. Die notwendigen Anstrengungen beim Umstieg auf EOSS sind ein triftiger Grund, dies nicht zu tun. Zusätzlich könnten Steuer- und Finanzanwärter, die nicht im unmittelbaren Anschluss an ihre Ausbildung zum 1. September bzw. 1. Oktober 2007 als Beamte übernommen werden, in einer größeren Anzahl als bisher als Zeitangestellte weiter beschäftigt werden. Damit könnten zunächst einmal die größten Löcher gestopft werden.

Die Steuer- und Finanzanwärter werden doch bereits gebraucht, um den natürlichen Personalabgang auszugleichen. Gibt es aus deiner Sicht noch andere Möglichkeiten, um auf die Mehrarbeit zu reagieren?

Natürlich! Alle Verantwortlichen in der Senatsverwaltung für Finanzen und die Amtsleitungen müssen den Mut haben, bei den Zielvereinbarungen für 2007 und 2008 niedrigere Werte hinsichtlich der Arbeitserledigung festzulegen.

Und wenn die Senatsverwaltung für Finanzen da nicht mitspielt?

Für den Fall, dass die Senatsverwaltung nicht dazu bereit ist, sollten die Vorsteherinnen und Vorsteher die Courage aufbringen, unrealistische Zielvereinbarungen nicht zu unterschreiben. Das sind sie dann nicht zuletzt auch allen Beschäftigten ihres Amtes schuldig.

Das Geld liegt auf der Straße – Lassen wir es liegen

Die Zahl der Bausachverständigen (BSV) ist von der Senatsverwaltung stetig vermindert worden und wird weiter vermindert. Von den derzeit in den Haushalt eingestellten Stellen sind 30 Prozent nicht besetzt. Da ist es kein Wunder, wenn erhebliche Rückstände aufgelaufen sind und die Bearbeitungszeiten bis zu 4 Jahre betragen.

Wie sieht der Lösungsansatz der Senatsverwaltung aus?

Es sollen nicht etwa BSV eingestellt, sondern in großem Umfang sollen Aufgaben der BSV auf den Innendienst der Bewertungs- und Grundsteuerstellen verlagert werden. Das BSV-Nest im FA Treptow/Köpenick wird aufgelöst. Es verbleiben die BSV-Nester in den FÄ Panow/Weißensee und Wilmersdorf. Unter den „abzuschichtenden“ Fällen sind viele Fälle, die der Innendienst

auf Grund der fehlenden bautechnischen Kenntnisse und auf Grund fehlender Zeit für Nachschauen nicht sachgerecht erledigen kann. Schon jetzt geben Grundstückseigentümer häufig „geschönte“ Erklärungen ab. Das fängt bei fehlerhaften Messdaten an und endet bei Gutachten, die schon mal um mehrere Millionen Euro von den tatsächlichen Werten abweichen.

Die Grundsteuer ist eine der Haupteinnahmequellen des Landes Berlin. Gerade hier verbietet es sich, durch Personaleinsparungen Einnahmeverluste zu provozieren. In Berlin liegt die Bautätigkeit immer noch erheblich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Wenn es sich andere Bundesländer leisten können, auf Grundsteuereinnahmen in großem Umfang zu verzichten, so muss das Berlin noch lange nicht nachmachen.

ver.di erwartet von Finanzsenator Sarrazin, die Finanzämter so auszustatten, dass sie in der Lage sind, sämtliche Steuerquellen so weit als möglich auszuschöpfen. Dazu müsste u. a. das Personal bei den Bausachverständigen aufgestockt werden. Bei dem zu Recht immer wieder beklagten Schuldenstand sollte das Ausschöpfen der eigenen Steuerquellen selbstverständlich sein.

Neue Gewerkschaftssekretärin für die Finanzämter

Susanne Senica heißt unsere neue Gewerkschaftssekretärin für die ver.di-Mitglieder in den Berliner Finanzämtern. Sie ist 42 Jahre alt und Juristin mit den Schwerpunkten Zivil- und Arbeitsrecht. Nach einer Tätigkeit bei einer Unternehmensberatung arbeitete sie zunächst bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Hannover und kümmerte sich in Niedersachsen um die Betriebs- und Personalräteschulungen im Arbeits- und Sozialrecht. Es folgte eine mehrjährige Phase der Selbstständigkeit als Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei und einer Ausrichtung auf Wirtschafts- und Arbeitsrecht, bevor sie 2002 bei ver.di anheuerte. Hier war sie für zwei Jahre in der Bundesverwaltung tätig und wechselte 2004 in den Landesbezirk Berlin/Brandenburg zu unserem Fachbereich 6, wo sie

zunächst für die Bundesverwaltungen und -ministerien zuständig war. Seit 2006 hat sie den Bereich Steuerverwaltung und den Bereich Jugend von Michael Peters übernommen, der uns als einer ihrer Vertreter auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen wird. Mit Susanne Senica haben wir eine Gewerkschaftssekretärin, die einerseits über einschlägige Erfahrungen in der Mitgliederbetreuung, aber auch in Fragen der Beratung von Mitgliedern und Personalräten in arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Fragen verfügt und selbst die ehrenamtliche Arbeit als stellvertretende Bundesfrauen- und Gleichstellungsbeauftragte in ver.di kennt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen ihr viel Erfolg bei ihren Aufgaben.



Susanne Senica

zuständig für die
Steuerverwaltung

Tel.: 88 66 - 53 21

„Schenk bleibt Schenk“

vau: Ingo, du bist als Personalratsvorsitzender im FA Charlottenburg zurückgetreten und als LdG nach Schöneberg gegangen.

Warum dieser Seitenwechsel?

Ingo Schenk: Ich war über 20 Jahre als Personalratsvorsitzender freigestellt. Da fällt einem der Wechsel an ein anderes Amt schon schwer. Auf der anderen Seite sind 20 Jahre als Frontmann eines Personalrats eine sehr lange Zeit. Man läuft immer mehr Gefahr, dass die Routine die Oberhand gewinnt und das innere Engagement Stück für Stück erlischt. Ohne inneres Feuer ist aber auf Dauer eine glaubwürdige Vertretung der Beschäftigteninteressen nicht aufrechtzuerhalten.

Meine Absicht, mich aus dem Personalratsgeschäft zurückzuziehen, habe ich daher schon vor der letzten Wahl öffentlich ausgesprochen. So war die sich mir bietende Gelegenheit, als Geschäftsstellenleiter an das – zumal überaus sympathische – Finanzamt Schöneberg zu wechseln, eine, die ich mit Freude wahrnehme. Und wenn ich auch die Seiten gewechselt habe, so doch nicht meine Überzeugungen, und die waren keineswegs immer unumstritten. Kurz gesagt: ob Personalratsvorsitzender oder Geschäftsstellenleiter ... Schenk bleibt Schenk!

Alle Beschäftigten der Steuerverwaltung kennen Dich als Kabarettisten. Trittst du auch von dieser Bühne ab?

Ja und nein! Das Finanzamtskabarett „Die Be-

steuerer“ hat sich nach der letzten Tournee in 2004 einvernehmlich aufgelöst. Seit 1983 haben wir unzählige Programme und Sketche gebracht. Die Gefahr, sich selbst zu überleben, schien uns nun doch zu groß und wir wollten aufhören, so lange noch einige „Schade“ sagen. So wird es also keine Auftritte mehr in den Finanzämtern geben.

Das Kabarett „Die Prioritäter“ (meist im Bellevue in Tiergarten aufgetreten) pausiert, wird aber sicher im nächsten oder übernächsten Jahr wieder von sich hören lassen.

Im FA Charlottenburg hinterlässt du eine große Lücke. Was wünschst du deinem Nachfolger?

Mein Nachfolger sollte von Anfang an seinen eigenen Stil entwickeln und mit frischem Elan an die Sache herangehen. Der Kollege Kockejai ist genau im richtigen Alter (um die 30) und verliert – so wie ich ihn kenne – weder seine Ruhe noch den Überblick! Das sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit als Vorsitzender. Und weil die ver.di-Betriebsgruppe unter die ersten Kandidaten auch einige der „Altrecken“ gemischt hat, geht auch unsere langjährige Erfahrung nicht verloren. Ich wünsche meinem Nachfolger Durchsetzungskraft, einen vernünftigen Draht zur Amtsleitung und die Rückendeckung des neuen Gremiums. Sofern diese drei Voraussetzungen vorliegen, kann man sich des Vertrauens der Kollegenschaft, die man ja schließlich vertreten soll, immer sicher sein!



Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,
Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Susanne Senica, susanne.senica@verdi.de
Redaktion: Klaus-Dieter Gössel,
Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman
Layout: Manfred Schultz
Herstellung: tableau GmbH
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Letztes Berliner Finanzamt meldet „Konkurs“ an



Risikomanagement

Aus Wikipedia
(Internet-Enzyklopädie):

Unter Risikomanagement versteht man den planvollen Umgang mit Risiken. Dabei kann es sich um allgemeine unternehmerische Risiken handeln oder um spezielle finanzielle Risiken.

Zum Risikomanagement gehört eine fundierte Risikoanalyse.

Nicht: Das Einsparen von Personal in der Steuerverwaltung hat absolute Priorität. Steuerausfälle und mangelnder Gesetzesvollzug spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Ganz zu schweigen von Gleichmäßigkeit der Besteuerung und Steuergerechtigkeit.

Berlin, dpa **Auch das Finanzamt Südwest meldet als letztes Berliner Finanzamt Konkurs an. Dies teilte heute Nachmittag der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin in einer eiligst einberufenen Pressekonferenz den anwesenden Journalisten mit. Er könne sich die Erfolglosigkeit seiner Politik nicht erklären, sagte der langjährige Berliner Senator. Die Schuld für die Misere liege ausschließlich bei den 147 Beamten des Finanzamts Südwest, die überwiegend nicht gewillt seien, sich modernen Herausforderungen zu stellen.**

Thilo Sarrazin machte deutlich, dass seiner Meinung nach das von ihm im Januar 2016 eingeführte Arbeitsverfahren „**KrASS**“ (Kunden-ratifizierte-Anmeldung-der-Steuer-Summen) zwingend zum Erfolg hätte führen müssen. Mit diesem Verfahren sei dafür gesorgt worden, dass das Land Berlin durch weitere Reduzierung der Zahl der Berliner Finanzbeamten in die Lage versetzt wurde, endlich der ausufernden Personalkosten Herr zu werden. Hinter „**KrASS**“ verbirgt sich die moderne Form des Risikomanagements bei der Festsetzung und Überprüfung der so genannten **Summensteuer**, die sich aus Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer zusammensetzt. Das **KrASS**-Verfahren setzt dabei auf die Ehrlichkeit der Berliner Steuerbürger, die Summensteuer jeweils selber auszurechnen, anzumelden und abzuführen.

Bei Einführung dieses Verfahrens war von der Gewerkschaft ver.di auf die Lückenhaftigkeit des Verfahrens hingewiesen worden. So überprüfe das System nicht, ob die angemeldete Steuer von der des Vorjahres abweiche. Der Computer lege ausschließlich Wert auf die Erfassung eines jeden Steuerbürgers. Es würde sich schnell herumspre-

chen, dass die Meldung von nur **einem** Euro als Steuerschuld den Rechner zufrieden stelle. Die Bürger müssten nicht ernsthaft damit rechnen, dass ihre Anmeldung überprüft würde. Senator Sarrazin hatte diese Einwände damals als „kleinlich“ und „an den Haaren herbeigezogen“ abgetan. Das Computerverfahren würde nach dem Zufallsprinzip jeden 783. Fall aussondern, der dann durch die Beamten im Finanzamt hinsichtlich der vorgegebenen Prüfungsparameter „Familienstand“, „Zahl der Bankkonten“ und „angemeldete PKW“ geprüft würde. Bei Ungeheimheiten könne sogar ein Summensteueraußenprüfer hinzugezogen werden. Zudem sei die Annahme, die Steuerbürger würden die Summensteuer nicht in der korrekten Höhe erklären, eine boshafte Unterstellung.

Das Finanzamt Südwest (in 2014 gebildet durch Zusammenschluss der Finanzämter Wilmersdorf, Steglitz, Zehlendorf) war bisher durch die überwiegend wohlhabende Bevölkerung die wichtigste Einnahmequelle des Landes Berlin. Die Steuermoral scheint jedoch auch hier – wie zuvor schon in den anderen Berliner Bezirken – nicht die Erwartungen des Senators erfüllt zu haben. Das Steueraufkommen des Finanzamts Südwest war in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich gesunken; zuletzt deckte es nur noch ein Viertel der Personal- und Gebäudkosten. Gemäß der „Anordnung zur Vermeidung weiterer Haushaltsdefizite durch überhöhte Personalkosten“ vom 22.3.2019 musste das Finanzamt die Notstandsmeldung abgeben und mit sofortiger Wirkung die Arbeit einstellen. Gleichwohl habe das Land Berlin kein Einnahmeproblem, so der Senator, seine Behörde arbeite ohnehin an der Inbetriebnahme des ersten virtuellen Finanzamtes.

Quelle: Berliner Zeitung vom 17.9.2019